

Von Obszönitäten und anderen unanständigen Handlungen

Schon zu Beginn der letzten Stadtratssitzung vom 16.06.11 zeichnete sich erstaunliches ab. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Dempfle, ergriff das Wort und brachte ein Schreiben ins Spiel, das, brandaktuell zuvor an ihn gesandt, nur noch an die Fraktionen verteilt worden sei. Aufgrund dieses Schreibens solle nun, so Dr. Dempfle, der Tagesordnungspunkt 30, „Bebauungsplan BN 79 ‚Ausbau Loebstraße‘ – Satzungsbeschluss“, Verwaltungsvorlage 168/2011, abgesetzt werden. – Ein ungeheurer Vorgang! Absender dieses Schreibens sei Herr Natus sen., dessen Junior sich gegen den Ausbau der Loebstraße seit geraumer Zeit vehement zur Wehr setzt. Kaum jemand im Rat hatte dieses Schreiben zuvor lesen können, geschweige denn es zuvor in Empfang nehmen können. (Mir selbst liegt das Schreiben bis heute nicht vor!) – Offensichtlich werden nicht alle Ratsmitglieder „gleich“ behandelt. Andere sind gleicher, wie beispielsweise Fraktionäre, oder noch gleicher, wie einige CDU-Fraktionäre, vor allem, wenn sie sich vor einen privatwirtschaftlichen Karren spannen lassen. Das Obszöne besteht hier gleich auf zwei Ebenen: Zum einen darin, sich diese Aktion im Rat überhaupt zu erdreisten und zum anderen darin, so kurz vor Feierabend ein solches Fax an scheinbar „genehme“ Kommunalpolitiker zu verschicken, in der Erwartung, noch etwas in eigener Sache indirekt oder amigomäßig (?) bewirken zu können. Dass diesem Anliegen dann aber auch noch mehrheitlich stattgegeben wurde, indem die Verwaltungsvorlage wiederum in die Dezernatsausschüsse zurückverwiesen wurde, zeigt keineswegs vornehme politische Zurückhaltung, sondern aufgestaute Hemmungslosigkeiten bei der Mehrheit, nur um noch ein bisschen mehr Zeit schinden zu können oder sich dieser getrost hinzugeben, bevor die ganze Sache dennoch kommt. Solche Aktionen zeigen, dass es hier wohl mehr um Potenzen und Ausgleichspotentiale geht als um Straßenbauarbeiten, die zu leisten sind.

Die zweite politische Obszönität erreichte mich gestern per E-Mail aus der Verwaltung: Die FWG hatte schon für die kommende Ratssitzung am 29. September 2011 einen ersten Antrag gestellt. In diesem Antrag fordert die FWG die Verwaltung auf, „die Planung der dringend erforderlichen Umgehung Zewen zeitnah einzuleiten und die erforderlichen Haushaltsmittel einzuplanen, damit die Ortsumgehung [...] schnellstmöglich realisiert werden kann.“ – Auch hier liegt alles offen zu Tage. Nicht nur, dass der Moselaufstieg nur potentiell einer Realisierung näher gebracht wurde, indem gebeten wird, ihn in eine Vordringliche Bedarfsplanung aufzunehmen, sondern auch der Umstand, dass die (unzumutbare) Verkehrserhöhung in Zewen allererst durch die Realisierung des verkehrsentlastenden Moselaufstiegs zu Stande kommt, macht deutlich, um welche Unanständigkeit es sich hier handelt. Dabei liegen auch in diesem Falle weitere Obszönitäten in der näheren Vergangenheit begründet. So schreibt die FWG-Fraktion in ihrem Antrag, dass ein gewisser Baudezernent schon im Jahre 1998 „Versprechungen“ abgegeben habe, die Umgehung sei „zeitnah“ binnen acht Jahre umsetzbar. Das Wort „Versprechungen“ offenbart hier seine Äquivokität (Doppeldeutigkeit), indem es hier nicht als ‚einzuhaltende Absichtserklärungen‘ missverstanden werden könnte, sondern eher als freudsche ‚Wortverdrehungen‘ verstanden werden muss. – Gleiches Schicksal ereilten auch andere „Versprechungen“ dieses „Schönsprech“ (vgl. 1989)! Versprechungen heißen Versprechungen heißen Nichtsdergleichen-wurde-versprochen! Aber – und das ist hier das eigentlich Erstaunliche an der Sache – auf diese Umgehungsversprechen ist die FWG schon einmal an anderem Ort eingegangen und reingefallen (als sie noch UBM hieß), indem sie sich löblicher Weise (!) bis zuletzt vehement für die Orts-

umgehung in Kürenz eingesetzt hat. Wollte jedoch der Oberbürgermeister mit seinem Hinweis auf die Verkehrssituation in Zewen während der Diskussion im Stadtrat am 16.06.11 noch ein Argument gegen den Moselaufstieg formulieren, denn mit diesem müsste die Umgehung ja tatsächlich gebaut werden, so dreht die FWG dieses Argument hier einfach um: Auch wenn der Moselaufstieg niemals realisiert werden sollte, so müsse nun zuvörderst diese Umgehung in Zewen gebaut werden. – Als gäb' es nichts anderes zu tun und nichts Wichtigeres angesichts der finanziellen Haushaltslage!? – „Freibier für alle“, ist ja nach Meinung von Frau Birk schon jetzt nicht mehr drin in Trier. Ich glaube aber: Eher gibt es Freibier in Trier als die Umgehung in Zewen. – Und das weiß auch die FWG! - Peinlich, freilich!

Aber noch eine dritte kaum zu glaubende Blöße zeigte in dieser Woche ihre nackten Tatsachen als Fakten. So berichtete 16.vor über drohende und drastische Preissteigerungen im ÖPNV für das kommende Jahr. Zeitgleich sprachen sich die Grünen dafür aus, gegen diese Planungen Widerstand leisten zu wollen (vgl. RZT). Soweit, so gut! - Dann aber berichtete 16.vor erneut. Diesmal mit der Stimme der CDU. Diese empört sich über die Sprecherin der Grünen-Fraktion. Sie sei unsolidarischer Weise alleine mit ihrer Forderung nach mehr Transparenz in der Preisgestaltung des VRT vorgeprescht, nachdem alle bei den Gesprächen anwesenden Fraktionen eigentlich einig darüber gewesen seien, eine größere Transparenz bei der Preisgestaltung durch den VRT anzumahnen und einzufordern. Kompliziert ist so was freilich immer, weil hier grundverschiedene Interessen aufeinander prallen, wie z.B. maximale Gewinnausschöpfung auf der einen und Niedrigpreisfahrkarten auf der anderen Seite. Interessant ist aber die Position der Grünen, weil sie die Offenlegung der Gewinnspannen einfordert, um konkret zu sehen, ob die angekündigten Preiserhöhungen nur einer formalen Routine genüge leisten oder ob die Situation derart gelagert ist, dass die Unternehmen Gewinne einführen und trotzdem noch eine weitere Erhöhung der Preise einforderten? Dies zu wissen, macht schon einen Unterschied aus. Darum solle der Landesbetrieb Mobilität (LMB) als Kontrollbehörde Einsicht in die Finanzdaten des VRT nehmen und diese offenlegen. An dieser Stelle setzt nun die CDU erneut ein, um zu fragen, ob die Grünen den Mumm aufbringen würden, in Mainz der eigenen Grünen-Mitregierung „unanständige“ Fragen zu stellen. Das wiederum interessiert mich sehr: Haben wir es hier doch erneut mit politischen Obszönitäten eigener Art zu tun. „Unanständig“ ist auch hier zumindest zweierlei: Zuerst die angedachte Preiserhöhung (evt. auch im zweistelligen Bereich!), zumal der Stadtrat ausdrücklich den ÖPNV in der Region ausbauen und stärken will, sowie zum zweiten das undurchsichtige, politische Fingerhakeln der Fraktionen untereinander, bei dem jeder nach wie vor ganz eigene Klientelpolitik betreibt – wie mir scheint.

Eine Lösung der Fahrpreisdebatten hatte ich bereits 2009 zu Wahlkampfzeiten einem größeren Publikum während der Themendebatten des Volksfreundes in der Tufa Trier vorgestellt. Dort wurde zum ersten Mal das LINKE ÖPNV-Konzept der „Freien Fahrt für alle“ vorgestellt. Unter Verweis auf die belgische Stadt Hasselt, die ein solches Konzept bereits seit Jahrzehnten erfolgreich betreibt, habe ich dargelegt, dass mit einer Umlagenpauschale, die jeder Bürger und jede Bürgerin pro Monat entrichten muss (z.B. 30 €), die in Trier gemeldet sind (abzüglich von Kleinkindern), mehrere zweistellige Millionen Euro pro Jahr zur umlagenfinanzierten Realisierung des ÖPNV in Trier zur Verfügung stünden. Das ist weit mehr als die Stadtwerke derzeit am Busbetrieb gewinnen können und deckt zudem immense Investitionen in den Fahrbetrieb mit ab. – Wer dann immer noch mit dem Auto unterwegs

sein will, muss dies als Zusatzausgaben ganz privat für sich verbuchen, woran er freilich nicht gehindert ist. Gegenüber diesem ersten, groben Überschlag hat der Städteplaner Dr. Karl-Georg Schroll (ehemalig DIE LINKE) ein Konzept entwickelt, dem differenzierte Berechnungen zu Grunde liegen, auf die im Detail zurückgegriffen werden können. – Wahrscheinlich sind die SWT aber die größten Bremsen bei einer solchen Umsetzung, verdienen sie doch als Betreiber zahlreicher Parkhäuser in der Trierer Innenstadt unmittelbar am motorisierten Individualverkehr, der bestenfalls bis auf den Hauptmarkt zu führen wäre, mit.

Nur nebenbei soll hier kurz erwähnt werden, dass das Kombiticket (Bus + Bad), das von mir vor über einem Jahr im Stadtrat initiiert wurde und mehrfach eine breite Mehrheit im Stadtrat fand (zuletzt bei der vom Rat beschlossenen Freibadpreiserhöhung) immer noch nicht von der Verwaltung und den SWT umgesetzt wurde. Eine Anfrage bei Frau Birk dieser Tage soll hier zum wiederholten Male einen neuen Schub bringen und Aufschluss darüber geben, warum dieses Anliegen bisher bürokratisch versandet ist.

Johannes Verbeek

Trier, den 28.06.11